

angemessene Pacht abgeben (wobei natürlich landwirtschaftlich genutztes Land kostenlos freigegeben werden müßte).

Ein solcher Sozialismus ist zum Teil in den Gemeinden schon eingeführt. Diese Art der Sozialisierung müßte auf das ganze Land, vom Staat koordiniert, ausgedehnt werden.

## 2. Über die Unmöglichkeit, in Liechtenstein Politik zu machen

*David Gstöhl*

*Geboren 1954 · Balzers, Rheinstraße 425.*

Die politischen Verhältnisse in Liechtenstein können nicht mit irgendwelchen Verhältnissen anderer Staaten der Erde verglichen werden. In Liechtenstein ist alles anders. Diese Feststellung soll natürlich nicht von vorneherein eine Anklage der liechtensteinischen Bevölkerung sein. Die täglichen Ereignisse und Zustände in aller Welt zeigen, daß es für uns Liechtensteiner gar nicht immer wünschenswert wäre, anderen Staaten nachzueifern. Insofern ist es zu begrüßen, daß die liechtensteinische Bevölkerung in vielem anders sein will — und tatsächlich auch ist — als andere.

Manchmal allerdings wird die liechtensteinische Art, Politik zu machen, geradezu peinlich, dann nämlich, wenn daraus solche Fehlentscheidungen resultieren, wie das zuletzt bei der Abstimmung über die Einführung des Frauenstimmrechts der Fall war. Man muß sich fragen, wie es dazu kommen konnte, daß sich das Schwergewicht zwischen der ersten und zweiten Abstimmung so stark zu Gunsten der Gegner des Frauenstimmrechts verschob. Eine rationale Erklärung für diese Tatsache läßt sich nicht nennen. Gerade diese Abstimmungen, und vor allem die zweite, haben gezeigt, wie in Liechtenstein Politik gemacht wird und wie hier ein Mehrheitsbeschluß zustande kommt. Ein sorgfältiges Abwägen des dafür und dagegen fand nicht statt. Die Parteien haben offiziell die Ja-Parole herausgegeben, es gelang ihnen aber nicht, ihre Mitglieder — also sich selbst — von ihrer Richtigkeit zu überzeugen. Wieder einmal haben die Parteien versagt, und Politik fand nicht auf Parteiebene, sondern am Biertisch statt.

Das Parteiwesen von Liechtenstein hat sich in den letzten Jahren in einer Weise entwickelt, die einen jungen, politisch interessierten Mitbürger resignieren lassen könnte. Es besteht hier überhaupt kein Grund, warum sich ein Jungwähler irgendeiner Partei anschließen sollte. Die Parteien unterscheiden sich in ihren Programmen kaum. So ist es bei uns gleichgültig, welche Partei gerade die Mehrheit in